

3.5 Umweltzentren

Der Begriff umfaßt hier alle räumlichen Einrichtungen, die nicht in erster Linie der Verwaltung von Umweltschutzverbänden oder -institutionen dienen, sondern direkt am Ort, mit regionalen oder überregionalen Bezügen Umweltschutzaktivitäten durchführen. Der Schwerpunkt liegt in der Umweltbildung, zu der oft die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit gehört.

Außerschulische Umweltbildung

In ihrer Gründungszeit (meist in den 80er Jahren) haben sich Umweltzentren und Naturschutzstationen sehr vielfältig und unabhängig voneinander entwickelt. Viele sahen Schulen und bestehende Organisationen als ihre Zielgruppe, andere organisierten ihre Angebote frei, d.h. sie riefen über Tageszeitungen, Plakate und eigene Programme zu ihren Veranstaltungen und Angeboten auf. Dieser zweite Weg ist seit Anfang der 90er Jahre kaum noch zu finden. Zum einen ist es sehr schwer geworden, in einer Zeit gesunkenen Umweltbewußtseins und hohen Umweltwissens überhaupt Menschen für Umweltschutzthemen zu interessieren. Zum zweiten sind die Zuschüsse für freie Angebote weitgehend gestrichen worden, so daß es schwierig wurde, selbstorganisierte und nicht an feste Institutionen angebundene Umweltzentren überhaupt aufrecht zu erhalten. Schulklassen, aber auch Vereine und Einrichtungen, kommen auch dann, wenn die als Zielgruppe verstandenen Menschen kein Interesse haben, denn über LehrerInnen oder Vereinsvorsitzende wird mehr oder weniger deutlich Zwang ausgeübt (siehe Kap. 5.1.1).¹

Durch die Fixierung auf staatliche oder festorganisierte PartnerInnen sowie auf die noch bestehenden Fördertöpfe mußten sich die Angebote aber in Form und Inhalt den Vorgaben anpassen. Die in den 80er Jahren ausgeprägte Experimentierfreudigkeit in der Umweltbildung und Öffentlichkeitsarbeit ließ gänzlich nach. Heute sind Umweltzentren im Bildungsbereich AnbieterInnen routinierter Abläufe ohne Überraschungen und Kreativität. Im Mittelpunkt steht das reine und unpolitische Naturerleben sowie die Wissensvermittlung. Als praktische Aktivitäten werden Tipps zum umweltfreundlichen Haushalt, Backen, Kochen oder naturverträgliche Kosmetika vermittelt.

Angesichts des nachlassenden Umweltengagements in der Bevölkerung ist auch festzustellen, daß die Umweltbildung der vergangenen 20 Jahre versagt hat. Sie hat die Menschen nicht dauerhaft für den Schutz der Umwelt gewinnen können, sondern nur oberflächliche, allgemeine Erlebnisse vermittelt.

Als bundesweiter Dachverband existiert die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU). Von ihr gehen kaum noch Impulse aus.

Im Original: Auszüge aus dem Text "Beigeschmack von Repression" von Hans Göpfert, Politische Ökologie Sept./Okt. 97 (S. 11)

Naturschutzverbände und andere Freizeitorganisationen bieten sich zudem als Vermittler von Naturerlebnissen an. Da sie sich jedoch mit ihren Aktivitäten oft an die Schule anlehnen, diese dabei in ihrem Zwangscharakter nicht in Frage stellen, leisten sie auch einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Legitimierung von Zwangsbildung.

Esoterik und Lebensstil

Seit Ende der 80er Jahre erfaßt eine Esoterik- und Lebensstil-Welle die Gesellschaft. Dabei sind es vor allem reichere Schichten, die sich Themen wie alternativen Heilverfahren, Therapie und Selbsttherapie oder höheren Mächten zuwenden. Die Esoterik ist eine Reaktion auf die zunehmende Orientierungslosigkeit in der Gesellschaft. Eine besondere Bedeutung erlangen esoterische Themen, Selbsterfahrungs-, Meditations- und esoterische Kreise auch in der Umweltbewegung, da hier Resignation und Ziellosigkeit herrschen. Jedes vierte verkaufte Buch stammt inzwischen aus diesem Gebiet.² Therapieformen und -gruppen wachsen wie Pilze aus dem Boden, die Menschen zahlen unglaubliche Preise für höhere Erkenntnisse. Das merken auch solche Einrichtungen, die bislang ökologische Themen angeboten haben. Etliche nehmen spirituelle Angebote in ihr Programm auf: Tiefenökologie, Meditation, Umwelt und Psychologie oder Tai Chi heißen die Themen. Kaum ein Seminarprogramm oder ein Kongreß hat nicht einen erheblichen Anteil solcher Workshops, Tagungen und Seminare. Auch im praktischen, handwerklichen Bereich wechselt das Angebot. Kochen, Schuhe nähen oder Seidenmalerei verdrängen klassische Naturschutzthemen und praktische Tips, z.B. zu ökologischem Gemüsebau, Fahrradbasteln oder Solaranlagenbau.³

Finanzielle Abhängigkeit

Umweltzentren brauchen Räume, oft ganze Häuser. Das ist teuer. Meist haben sie auch keine breite Mitgliedschaft, so daß über Beiträge kaum Einnahmen zu erzielen sind. Besser möglich wären eigenwirtschaftliche Tätigkeiten, denn in Verbindung mit einem Umweltzentrum sind nicht nur kostenpflichtige Bildungsangebote möglich, sondern auch z.B. Bücher- oder Materialverkauf, Bioläden und Märkte, Cafébetrieb, Fahrrad- oder Fahrradhängerverleih sowie vieles mehr. In der Regel nutzen die meisten Umweltzentren diese Möglichkeiten aber nicht aus.⁴ Die Hauptverantwortlichen streben gesicherte Stellen an, die unabhängig vom jeweiligen Ertrag finanziell gesichert sind. Das aber ist nur über einen großen und zahlungskräftigen UnterstützerInnenkreis möglich oder mit Hilfe staatlicher Zuwendungen. Auf letzteres setzen fast alle Zentren. Damit begeben sie sich als Einrichtung in eine direkte Abhängigkeit von laufenden Zuschüssen. Die zentralen Personen sind zudem auch persönlich abhängig. Konflikträchtige Auseinandersetzungen mit den GeldgeberInnen sind dann kaum noch denkbar, zumal in den letzten Jahren durch Kürzungen beim Staat eine erhebliche Finanznot entstanden ist. Die Umweltzentren sind fast überall zu zahmen "Ergänzungsobjekten" der staatlichen oder kommunalen Verwaltung geworden, d.h. die übernehmen Teilaufgaben, die die Verwaltung nicht leisten kann oder will, und werden dafür bezahlt.

Im Original: Auszüge aus dem Text "Privat oder staatlich, marktwirtschaftlich oder subventioniert?" von Claus Reuther in: Gruppe Naturschutz, 1993, "Umweltzentren im wiedervereinigten Deutschland und im zukünftigen Europa", Hankensbüttel (S. 77)⁵

Der Einfluß des Staates ist immens. Nur ein Drittel aller Zentren hat absolut keinen staatlichen Träger (...). Jedes dritte Zentrum ist zu 100% staatlich.

Gesteigerte Abhängigkeit: Landesweite Zentren und Akademien

Fast jedes Bundesland verfügt über ein landesweites Umwelt- oder Naturschutzzentrum. In einigen Ländern werden diese Einrichtungen Akademien genannt, z.T. werden sie auch nachträglich zu Akademien aufgewertet (z.B. 1997 in Hessen), haben aber nicht nur fachliche und Bildungsaufgaben. Sie sind als Einrichtungen des Landes oder in voller finanzieller und personeller Abhängigkeit von diesen wichtige Steuerungseinrichtungen für die inhaltliche Entwicklung der Umweltbildung und auch des Umweltschutzes im allgemeinen (wobei der klassische Naturschutz den Schwerpunkt bildet). Die Landesregierungen gestalten die Arbeit der Zentren so, daß diese über Tagungen, Veröffentlichungen und Vorlagen für politische Entscheidungen (z.B. Geldvergabe oder Verordnungen) maßgeblichen Einfluß auf das Naturschutzgeschehen haben. Dabei wird über die finanzielle Abhängigkeit, über die Mehrheit im Vorstand oder Dienstverhältnisse mit den leitenden Angestellten⁶ sichergestellt, daß die Regierung jederzeit steuern kann, was erarbeitet, gefordert und veröffentlicht wird. Somit sind Akademien und landesweite Zentren verlängerte Arme der Regierungen. Sie können aber, weil sie einen Namen tragen, der eine Unabhängigkeit vom Staat vorspiegelt, besser in der Öffentlichkeit oder gegenüber den aktiven NaturschützerInnen Ideen umsetzen. Sie haben integrierende Wirkung, führen Informationsveranstaltungen für Führungskräfte im Umweltschutz durch oder stehen als ModeratorInnen zur Verfügung. Oft verwalten sie Zuschußgelder oder haben auf die Vergabeentscheidungen maßgeblichen Einfluß. In fast allen Ländern sind die großen Naturschutzverbände selbst Mitglied der Akademien und Zentren, so daß es diesen gelingt, sich als Dachorganisationen der Umweltverbände darzustellen. Tatsächlich hätten die Umweltverbände nirgends die Mehrheit gegenüber den staatlichen Stellen, obwohl Konflikte ohnehin nicht zu erwarten wären, weil die Verbände auch selbst stark abhängig vom Staat sind. Unabhängige Gruppen werden nicht in die Entscheidungs- und Diskussionsprozesse eingebunden. Es kann sogar vorkommen, daß solche NaturschützerInnen gezielt ausgegrenzt werden, z.B. auf Tagungen oder Besprechungen nicht anwesend sein dürfen (Anmeldeverfahren nur über anerkannte Umweltverbände). Die großen staatlichen Zentren sind in der Bundesweiten Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU) zusammengeschlossen.⁷

Umwelt- und Projektwerkstätten

Als Alternative zu den abhängigen Zentren und politisch wenig radikalen Umweltverbänden entstanden Anfang der 90er Jahre ca. 50 Umwelt- und Projektwerkstätten.⁸ Auch sie fanden ihren Schwerpunkt im Bildungs- und Öffentlichkeitsbereich. Viele von ihnen traten in einen offenen Gegensatz zu den etablierten Zentren, kritisierten die hohe Abhängigkeit sowie auch den Bildungsstil, der weder politisches Bewußtsein noch das eigene Handeln über das direkte Umfeld hinaus förderte. Es gelang nur in Schleswig-Holstein, diese Ideen teilweise in die offizielle Politik einzubringen, so daß in diesem Bundesland heute Spuren selbstorganisierten Lernen

und Handelns auch in offiziellen Schriften und Veranstaltungen vorkommen oder gefördert werden. In Hessen entstand zwischen den Projektwerkstätten und den regierungsnahen Einrichtungen ein jahrelanger, eskalierender Streit, der mit dem Einsatz von Polizei, um KritikerInnen aus Veranstaltungen zu verbannen, seinen Höhepunkt entfaltete.⁹ Letztlich konnten keinerlei Verbesserungen erreicht werden, landesweit herrscht weiter unangefochten das inzwischen zur Akademie aufgewertete Naturschutzzentrum in Wetzlar, wo BeamtInnen des Forstministeriums als leitende MitarbeiterInnen und ein Vorstand voller Landtagsabgeordneter mit allen Mitteln eine unpolitische Bildungsarbeit durchsetzen und nach wie vor alle UmweltschützerInnen ausgrenzen, die nicht in den etablierten und stark staatsabhängigen Umweltverbänden organisiert sind.

Bis Mitte der 90er Jahre sind von den Umwelt- und Projektwerkstätten viele Vorschläge, Konzepte und Papiere zu Aktionsformen im allgemeinen sowie zur Jugendarbeit und Umweltbildung im besonderen entwickelt und öffentlich vertreten worden. Im Mittelpunkt stand dabei die Handlungsorientierung, d.h. Wissensvermittlung sollte im Rahmen konkreter Projekt mit Umsetzungsanspruch erfolgen. Zudem wurde das selbstbestimmte Lernen propagiert. Die Werkstätten standen über einige Jahre in einem intensiven Austausch miteinander. Zwischen 1994 und 1997 brachen diese Kontakte aber weitgehend zusammen, weil viele Werkstätten durch personellen Wechsel oder finanzielle Abhängigkeiten ebenfalls staatsnah wurden oder aufgrund fehlender Aktivitäten ganz eingingen (Näheres zu den aus der Jugendumweltbewegung entstandenen Werkstätten findet sich im Kapitel 3.6).

Quellen zu 3.5

- 1 Der Bereich Umweltbildung würde sich lohnen, genauer zu untersuchen zu werden, weil hier der Drang nach gutem Image, die Abhängigkeit von staatlichen Geldern, die Höhe der tatsächlich fließenden Zuschüsse und die Karrierechancen der ÖkopädagogInnen besonders ausgeprägt sind. So hat z.B. die Verlagerung von Förderungen aus dem Umweltbildungsbereich in die Agenda- und ModeratorInnenarbeit viele ehemals in der Umweltbildung tätige Personen "umsatteln" lassen – denn in der Umweltbildung gilt der Satz "Gemacht wird, wofür es Geld gibt" schon lange.
- 2 Anteil der Esoterikbücher und Lebensratgeber am gesamten Buchmarkt. Umweltschutzliteratur ist dagegen seit Mitte der 90er Jahre fast unverkäuflich.
- 3 Das Ökowerk Berlin bietet tiefenökologische Kurse an. In den Programmen der BUNDjugend tauchen spirituelle Themen auf (Tai Chi u.a.) und auf den landes- und bundesweiten Kongressen der Jugendumweltbewegung sind Meditationen und Bastelkurse am besten besucht.
- 4 Ausnahme ist z.B. das Otterzentrum in Hankensbüttel, das nicht nur Bewirtung, Tagungen und Raumvermietung anbietet, sondern sogar von BesucherInnen und -gruppen deftige Eintrittspreise verlangt. Das Modell funktioniert und finanziert dort ein großes Zentrum und etliche Hauptamtliche. In abgeschwächter Form würde es für kleinere Zentren aber auch reichen.
- 5 Weiteres, umfangreiches Zahlenmaterial in diesem Buch.
- 6 In einigen Einrichtungen sind die Hauptamtlichen nicht beim Zentrum selbst angestellt, sondern aus staatlichen Behörden abgeordnet. Sie bleiben dann den alten Dienstvorgesetzten untergeben.
- 7 Die BANU ist auch bundespolitisch aktiv, z.B. agiert sie zur Zeit als Vermittler zwischen Umweltverbänden und der Expo 2000.
- 8 Bis 1997 erschien jährlich bis halbjährlich das Jugendaktionsheft Umwelt mit genauen Beschreibungen und Terminen. Bezug des letzten gegen 4 DM bei der MAUS, Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld.
- 9 So geschehen auf einer Besprechung zum Freiwilligen Ökologischen Jahr in Herbstein (Hessen). Veranstalter waren die Landesregierung und das Naturschutzzentrum Hessen.
- 10 Vor allem die Kinderaktion Umweltschutz (KAKTUS), aber auch die SchülerInnenaktion Umwelt bzw. die Projektorientierung insgesamt zeigen die Schwerpunkte der Handlungsorientierung und Selbstbestimmung.